

Mairedede

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 2. Mai vor achtzig Jahren zerschlugen die Nationalsozialisten die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nazis verhaftet und verschleppt. An diesem Tag wurde auch das Hamburger Gewerkschaftshaus von SA-Leuten gestürmt.

Eine Gedenkveranstaltung dazu findet morgen, am 2. Mai um 17 Uhr im Foyer des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg mit Dorothee Stapelfeldt, der Zweiten Bürgermeisterin und Uwe Grund unserem DGB Vorsitzender Hamburg statt. Ihr seid herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nationalsozialistischen Diktatur ging eine mehrjährige und tiefgreifende Wirtschafts –und Finanzkrise in Europa voraus. Hitler war eine katastrophale Antwort auf diese Krise. Die Brüning'sche Notverordnungs politik weist – so sagen jedenfalls Wirtschaftshistoriker – deutliche Parallelen zur Politik von Schuldenbremse und Fiskalpakt im Europa von heute auf.

Die Antwort auf die schwerste wirtschaftliche Krise seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die gegenwärtig von den Regierungen Europas gegeben wird –besser gesagt von der Bundesregierung im Verbund mit der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission - ist ein Fiskalpakt, der die Wirtschaft vor allem in den südeuropäischen Staaten weiter strangulieren wird und so eine Spirale nach unten in Gang setzt.

Massenarbeitslosigkeit in nie gekanntem Ausmaß , fast 30% in Spanien und Griechenland, aber auch in Portugal und Italien, Jugendarbeitslosigkeit von über 60% in diesen Staaten sind nur die Spitze des Eisbergs. Und seit dem Faschismus wissen wir, dass Perspektivlosigkeit und Armut auf Dauer zu riesigen Gefahren für die Demokratie werden.

Und wenn viele Bürgerinnen und Bürger Europas den Eindruck haben, dass nicht ihre gewählten Regierungen, sondern Diktate und Vorgaben undurchschaubarer Instanzen in Europa darüber entscheiden, was in ihren Ländern passiert, dann wird der Demokratie ein schlechter Dienst erwiesen.

Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass der DGB jetzt mit einem Marshallplan für Europa in die Öffentlichkeit geht.

Europa muss sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. Angesichts der knappen natürlichen Ressourcen, der sozialen Schieflage, der wachsenden Arbeitslosigkeit, der demographischen Herausforderungen und der steigenden Wissens- und Technologieintensität des Wirtschaftens muss sich Europa neu aufstellen

und seine Stärke für eine bessere, sozialere, prosperierende, demokratische und friedliche Zukunft mobilisieren.

Das politische Krisenmanagement aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen hat zu einer wirtschaftlichen Talfahrt geführt. Die Rezession droht den ganzen Kontinent zu erfassen und die Weltkonjunktur zu beeinträchtigen.

Nie gab es mehr Arbeitslose in Europa.

Wir schlagen vor, europaweit jedes Jahr 260 Mrd. € für Wachstum und Beschäftigung, für den Ausbau der Bildung und der sozialen Sicherung, die Infrastruktur und die Umwelt zu investieren. Die Mittel dafür sollen u. a. durch eine Finanztransaktionssteuer hereinkommen aber vor allem wird sich durch das Wachstum von Beschäftigung – der DGB rechnet mit 11 Mio zusätzlichen Arbeitsplätzen in Europa – und Steuereinnahmen das Programm von selbst finanzieren.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Armut, Arbeitslosigkeit, Umverteilung von unten nach oben, Zukunftsängste und soziale Ungerechtigkeit sind nicht nur Probleme unserer südeuropäischen Nachbarn, sondern finden sich auch in diesem Land und in dieser Stadt.

Seit 2 Jahrzehnten werden die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer und der Staat hat immer weniger Mittel zur Verfügung, um seinen Aufgaben nachzukommen. Der Fiskalpakt in Europa ist das, was die Schuldenbremse in Deutschland ist. Das lässt sich nicht nur, aber auch in Hamburg zeigen.

Die weitere soziale Spaltung lässt sich nicht durch Sparen aufhalten. Der Staat ist systematisch verarmt worden, nicht von den Unternehmen, sondern durch die Politik selbst, die durch Steuersenkungen für Reiche und Vermögende erst dazu beigetragen hat, dass wir heute hohe Defizite in den Staatshaushalten haben. Die Bankenrettung hat den Staat und damit uns Steuerzahler viele Hundert Milliarden € gekostet und kostet sie noch immer. Auch in Hamburg. Nicht nur die Elbphilharmonie, auch die HSH Nordbank ist ein teures Abenteuer für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in dieser Stadt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Hamburg ist die Stadt mit den meisten Millionären in Europa, Steuerprüfungen für diese finden im Durchschnitt nur alle 20 Jahre statt. Das ist nicht nur in höchstem Maße ungerecht gegenüber uns Beschäftigten, sondern trägt zur Finanzklemme der Freien und Hansestadt bei. Wir haben viel zu wenig Steuerprüfer – jeder von ihnen bringt der Stadt ca. 1. Mio pro Jahr.

Wir müssen gar nicht den Fall Uli Hoeness bemühen: Hier in Hamburg hat es in kürzester Zeit über 1.000 Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern gegeben, nach dem CDs aufgekauft wurden und die Enttarnung der Schweizer Nummernkonten drohte. Das hat viele Millionen in die

Steuerkasse gespült und ist doch nur die Spitze des Eisbergs. Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, die Regierungen in Bund und Ländern haben über Jahrzehnte versäumt, für Steuergerechtigkeit zu sorgen und die Bankenrettung hat die öffentlichen Haushalte in die Verschuldung getrieben.

Deshalb ist die Forderung, die wir Gewerkschaften heute zusammen mit Wohlfahrtsorganisationen, attac und vielen Tausenden von engagierten Menschen stellen: Umfairteilen!

Viele Gewerkschaften beteiligen sich daran, in Bergedorf, in Hamburg, in Deutschland. Und das ist gut so, denn es ist unsere unmittelbare Aufgabe, ohne die wir unsere Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum, guter Verkehrsinfrastruktur, bessere Bildung für alle und gesicherte Renten, Krankenversorgung und menschenwürdiger Pflege im Alter nicht umsetzen können.

Nur durch höhere Spitzensteuersätze, eine Vermögenssteuer und eine Vermögensabgabe, die deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer und einen besseren Steuervollzug sind die öffentlichen Mittel zu erhalten, die wir dringend benötigen, um die soziale Spaltung dieses Landes und dieser Stadt aufzuhalten und umzukehren.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, dass Deutschland zu den Ländern Europas gehört, wo die Kluft zwischen arm und reich besonders groß ist. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist ein Weg, das zu ändern. 8,50 € sind ein Einstieg in diesen Mindestlohn, wir alle wissen, das man auch damit noch nicht wirklich über die Runden kommt, deshalb muss eine weitere Steigerung nach diesem ersten Schritt zügig erfolgen. Aber noch sind wir nicht so weit.

Deutliche Einkommensverbesserungen in den Tarifrunden, die Abschaffung der Lohndiskriminierung bei der Leiharbeit, der Widerstand gegen die massive Ausweitung von Minijobs, befristeter Beschäftigung und gegen das Hartz IV Regime sind Wege, um diese Kluft zwischen arm und reich nicht weiter zu öffnen.

Altersarmut ist ein Problem, das auf viele von uns zukommt, wenn wir nicht jetzt gegensteuern. Die Rente mit 67 ist aus gewerkschaftlicher Sicht keine zwangsläufige Notwendigkeit der alternden Gesellschaft, sondern ein Programm der Rentenkürzung.

Vieles von dem, was wir als Gewerkschaften anprangern, kann nur auf der Bundesebene geändert werden.

Am 22. September ist die Bundestagswahl, die darüber entscheidet, wie es mit diesem Land weitergeht. Die Gewerkschaften im DGB werden sich

mit ihren Forderungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da einmischen für:

Gute Arbeit

Sichere Rente

Ein soziales Europa und

Einen handlungsfähigen Staat.

Aber auch in Hamburg muss und kann sich vieles ändern.

Die SPD- Regierung hat auf Druck der Gewerkschaften ihr Vorhaben umgesetzt, durch ein Mindestlohngesetz und ein Vergabegesetz in Hamburg Lohndumping zumindest zu erschweren.

Die versprochene Übernahme der Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten in Hamburg wird erfolgen und das ist auch angesichts der Lage in den meisten anderen Bundesländern, wo das nicht der Fall ist, ausdrücklich zu begrüßen.

Allerdings weigert sich der Senat, die Einkommenssteigerungen in Haushalt als zusätzliche Ausgaben zu berücksichtigen, das heißt die Einkommenssteigerungen führen zu zusätzlichem Personalabbau über die 250 Stellen jährlich hinaus. Das ist angesichts der Unterfinanzierung vieler öffentlicher Bereiche vom Straßenbau über bezahlbaren Wohnraum bis zur Bildung an Kitas, Schulen und Hochschulen unzumutbar und wird die soziale Spaltung der Stadt weiter vorantreiben.

Es gilt eben immer noch:

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, denn sie können ihre Kinderbetreuung privat finanzieren, Nachhilfe privat organisieren oder ihre Kinder gar direkt auf Privatschulen schicken.

Solange die Schuldenbremse, die in Hamburg von der SPD mit Unterstützung der Grünen und der FDP in die Verfassung aufgenommen wurde, der wichtigste Orientierungspunkt der Regierungspolitik bleibt, wird die Schieflage sich nicht ändern.

Die sozial benachteiligten Stadtteile werden weiter abgehängt. Der Hilferuf der Schulen aus Wilhelmsburg und der Veddel, die darauf hinweisen, dass sie bei ihrer besonderen sozialen Problemlage den Bildungsauftrag, den sie für ihre Kinder und Jugendlichen haben, nicht erfüllen können, ist ein wichtiges Alarmsignal. Es liegt doch auf der Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Kindern, die

nicht richtig Deutsch sprechen können oder von Kinder aus armen Familien oder von Familien, die keine höheren Bildungsabschlüsse haben, mehr Anstrengung in die öffentlichen Bildungseinrichtungen gesteckt werden müssen, als in Blankenese oder in den Walddörfern. Nur so kann man dem Ziel, gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen, näher kommen. Hier wäre eine Bildungsoffensive notwendig und die Bereitstellung von Mitteln dafür ist mindestens so wichtig wie die Einhaltung der Schuldenbremse –denn auch Chancengleichheit hat Verfassungsrang.

Viele junge Menschen in Hamburg verlassen die Schulen ohne eine berufliche Perspektive. Wir sind auch in Hamburg noch weit von dem Ziel entfernt, dass jeder junge Mensch ein Studium oder eine Berufsausbildung absolviert, aber nur dies bietet heute auch die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Von den Jugendlichen, die nach der 10. Klasse die Schulen verlassen, erhält nicht einmal jeder 5. sofort einen Ausbildungsplatz. Das führt zu Warteschleifen, Frust und verschenkter Lebenszeit während auf der anderen Seite das Abitur in immer kürzerer Zeit erreicht werden muss und die Studiendauer im Bachelor und Master System auf Tempo gedrillt wird.

Arbeitskräftemangel auf der einen Seite, Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite sind Ausdruck davon, dass das System nicht funktioniert. Wir brauchen endlich Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen und die Pflicht zur Ausbildung für alle Betriebe!

Berufsorientierung an Stadtteilschulen zu verbessern ist sicherlich eine gute Sache, kann aber gegen den Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen wenig ausrichten. Falsch wird das, wenn durch die Berufsorientierung schulische Perspektiven beeinträchtigt werden oder gar, wie das im Moment angedacht ist, sich diese <Berufsorientierung nur von den Jugendlichen in Stadtteilschulen gemacht werden soll, die keine Perspektive für höhere Schulbildung haben. Das ist diskriminierend und verfestigt das 2 Klassen System in unseren weiterführenden Schulen und damit die soziale Spaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hamburg ist Schauplatz eines der längsten Streiks in unserer Geschichte. Seit 6 Monaten streiken die Kolleginnen und Kollegen bei der Firma Neupack in Hamburg. Sie streiken für eine Selbstverständlichkeit. Einen Tarifvertrag, für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Eine beispiellose Welle der Solidarität unterstützt die Streikenden. All das hat bisher nicht zum Einlenken des Arbeitgebers geführt, er will am Beginn des 21. Jahrhunderts offenbar zeigen, wer Herr im Hause ist. Nur starke Gewerkschaften können dem etwas entgegensetzen und tun das auch.

Wir wissen, dass dieser Kampf verloren gehen kann, aber auch hier gilt:

Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Wir grüßen von dieser Stelle die streikenden Kolleginnen und Kollegen von Neupack!

Die aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die vielen Betriebs- und Personalräte, die Vertrauensleute in den Betrieben leisten eine wichtige Arbeit, die auch ein wichtiger Beitrag zu wirklicher Demokratie in diesem Land sind.

In Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik und der Beteiligung am öffentlichen Leben abwenden, weil sie wenig Chancen sehen, etwas zu verändern, sind die aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter so wie heute an diesem 1. Mai in vielen Städten Deutschlands, Europas und der Welt von unschätzbarem Wert.

Herzlichen Dank.